

1 Jahr Studiengebühren: Studiengebühren verschärfen Bildungsgerechtigkeit

- von **Wolfgang Vogel**, MdL –

14. April 2008. Ein „denkwürdiges“ Jubiläum für Kultusminister Goppel: Seit einem Jahr werden von den Studierenden Studiengebühren kassiert – je nach Hochschule 300 bis 500 pro Semester.

Mit der Einführung der Studienbeiträge vor einem Jahr hat sich die CSU-Staatsregierung vom Ziel der Bildungsgerechtigkeit beim Hochschulzugang verabschiedet. Damit ist die bereits bestehende soziale Auslese bei der Zusammensetzung der Studierenden in Bayern weiter verschärft worden. Statt Leistung und Begabung entscheidet immer mehr der Geldbeutel der Eltern, ob junge Menschen an die Hochschulen kommen.

Nach der aktuellen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks haben ein Viertel der Studierenden weniger als 600 Euro zur Verfügung, Es ist absehbar, dass sich Kinder aus sozial schwächeren Familien von Gebühren bis zu 500 Euro pro Semester oder einer drückenden Schuldenlast durch Darlehen noch weit stärker von einem Studium abschrecken lassen als bisher.

Auch an den Hochschulen selbst, die auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gehofft hatten, herrscht keine Freude: Viele Hochschulen arbeiten seit Jahren weit über ihre Kapazitäten. Es fehlen Hörsäle und Dozenten, mehr als 100 Studierende füllen Seminare. Grundseminare können wegen Überbelegung nicht mehr gewählt werden. Auslastungen von bis zu 200 Prozent sind an bayerischen Hochschulen keine Seltenheit.

Die Versprechungen des Wissenschaftsministeriums, dass sich die Studiensituation an den Hochschulen mit den Gebühren verbessern würden, wurden nicht eingehalten. Weder die drängende Raumsituation an den Hochschulen noch die Relation zwischen Lehrpersonal und Studierenden hat sich in den letzten Monaten verbessert. Marode Gebäudetrakte, übervolle Hörsäle, Vorlesungen in Kinosälen gehören heute zum Uni-Alltag. Notwendige Investitionen in die Hochschulen wurden in den vergangenen Jahren systematisch versäumt.

Die drastische Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft im Schulbereich – hier ist Bayern bundesweiter Spitzenreiter - wurde mit der Einführung der Studienbeiträge weiter verschärft.

Die SPD-Landtagsfraktion steht für eine Abschaffung der Studiengebühren. Die Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang muss wieder im Mittelpunkt der bayerischen Hochschulpolitik stehen.